

# **Positionspapier der CDU Hamburg zur Schulstrukturreform**

- Gute Bildungschancen durch frühe und individuelle  
Förderung -**

# Inhaltsverzeichnis

1.	Bildungspolitische Grundposition der CDU Hamburg .....	3
1.1.	Humanistisches Bildungsideal und Bildungsinnovation: Unsere Bildungspolitik.....	3
1.2.	Aktuelle Ergebnisse der Bildungsforschung über das Hamburger Bildungssystem .....	4
1.3.	Migration und Soziale Herkunft: Die besonderen Herausforderungen einer Metropole .....	5
2.	Die Bildungswende - Reformen der CDU im Bildungsbereich seit 2001 .....	5
3.	Ausgangssituation der schwarz-grünen Koalition in Hamburg .....	7
3.1.	Ziele der CDU und der GAL im Wahlkampf 2008.....	7
3.2.	Der Koalitionsvertrag .....	7
3.3.	Umsetzung der Schulstrukturreform .....	8
4.	Einzelne Aspekte der Umsetzung der Schulstrukturreform.....	9
4.1.	Stärkungen der vorschulischen und frühkindlichen Bildung.....	9
4.2.	Die neue Primarschule.....	10
4.3.	Der Übergang von der Primarschule auf die weiterführenden Schulen - Sicherung der Profile der weiterführenden Schulen.....	10
4.3.1.	Stärkung der Gymnasien.....	11
4.3.2.	Ausgestaltung der Stadtteilschule.....	12
4.3.3.	Verstärkte Profilvorbereitung der Primarschulen zur Stärkung oder Beibehaltung der Profile der weiterführenden Sekundarschulen.....	12
4.4.	Lehrerfortbildung .....	13
4.5.	Zur Frage der Differenzierung .....	14
4.6.	Zukunft sonderpädagogischer Förderung im Rahmen der Schulstrukturreform .....	14
5.	Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik der CDU .....	15

# **1. Bildungspolitische Grundposition der CDU Hamburg**

## **1.1. *Humanistisches Bildungsideal und Bildungsinnovation: Unsere Bildungspolitik***

Die CDU in Hamburg steht in der historisch gewachsenen bildungspolitischen Tradition einer innovativen und dem humanistischen Bildungsideal verpflichteten Bildungspolitik.

Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und hat überragende Bedeutung für die Werte, die wir bewahren – und für die Werte, die wir entfalten wollen. Bildung braucht Lernbereitschaft, Leistungswillen und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und ein förderndes Bildungssystem. Bildung und Ausbildung sind die Grundlage persönlicher Entwicklungsmöglichkeiten; deren Qualität bestimmt letztlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Die Zukunftsfähigkeit beruht wesentlich darauf, dass es gelingt, die Begabungen möglichst aller jungen Menschen zu fördern und ihre unterschiedlichen Talente zur Entfaltung kommen zu lassen.

Wir wollen mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Bildungssystem, in dem jeder spürt, dass sein Beitrag wichtig ist und ernst genommen wird. Wir benötigen mehr Flexibilität, Transparenz, Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit im Bildungswesen. Wer seine Chancen erweitert, gewinnt Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung, denn Bildung eröffnet Zugänge und Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Das Fördern und Fordern des Einzelnen in der Gemeinschaft ist daher eine Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit.

Neueren gesellschaftlichen und bildungspolitischen Entwicklungen gegenüber waren und sind wir immer aufgeschlossen und verstehen Bildung als Prozess der Veränderung unter Wahrung des Bewährten. Bildungsinnovationen standen dabei immer im Zentrum unseres Handelns. Die verstärkte Bedeutung der frühkindlichen und vorschulischen Bildung hat bereits frühzeitig unser politisches Handeln genauso geprägt wie zum Beispiel die Bedeutung der Selbstverantworteten Schule.

Mit der Entwicklung des zweigliedrigen Schulsystems haben wir gezeigt, dass wir für eine ideologiefreie, innovative, an wissenschaftlichen und schulpraktischen Erkenntnissen orientierte Schul- und Bildungspolitik eintreten. So wurden die umfangreichen und ausführlichen Diskussionen in der Öffentlichkeit und der Enquete-Kommission über eine Schulstrukturreform maßgeblich durch die CDU angestoßen. Ideen der Hamburger CDU finden dabei bundesweit Beachtung und werden inzwischen auch in anderen Bundesländern als Vorbild diskutiert.

Das Beste für das Kind steht als unverrückbarer Leitgedanke im Vordergrund eines jeden Veränderungsprozesses. Die individuelle Förderung eines jeden Kindes ist für uns Maxime des Handelns. Die Gewährleistung dieser Maxime hat dabei primäre Bedeutung für uns, erst dann folgt die Frage der Schulstruktur.

Es ist nachvollziehbar, dass sich viele Schüler, Eltern und Lehrer Sorgen machen – ob der vielen Veränderungen, die diese Epoche der bildungspolitischen Reformen prägen. Aber gerade in dieser Zeit gilt es, bildungspolitische Verkrustungen aufzulösen und bestehende Schwächen des Bildungssystems zu beseitigen. Ziel muss es nach Abschluss der wesentlichen Reformen auch sein, allen Beteiligten wieder eine längerfristige Planungssicherheit zu gewährleisten.

Die schwarz-grüne Koalition hat bei einer erfolgreichen Verknüpfung ihrer unterschiedlichen bildungspolitischen Positionen die Chance, eine breite politische und gesellschaftlich akzeptierte Neuausrichtung auf den Weg zu bringen, die auf Langfristigkeit ausgerichtet ist. Der Reformprozess darf das Lernen der Kinder nicht stören. Die CDU wird den Reformprozess konstruktiv begleiten und sicherstellen, dass Anregungen und Bedenken von Schülern, Eltern und Lehrern Gehör verschafft werden.

## **1.2. Aktuelle Ergebnisse der Bildungsforschung über das Hamburger Bildungssystem**

Zu lange war es in Hamburg ein Tabu, die Leistungen einzelner Schulen oder Schulformen zu prüfen. Die überfällige „empirische Wende“ kam mit den LAU-Untersuchungen der späteren 90er Jahre und vor allem mit der ersten PISA-Untersuchung von 2000.

Die starke qualitative und quantitative Zunahme von Bildungsberichten und Bildungsvergleichen ermöglichte auch für das Hamburger Schulsystem eine verbesserte Bewertung der Leistungsfähigkeit und Schwachstellenanalyse. Trotzdem müssen Bildungsberichte und insbesondere Vergleiche von Schulsystemen stets mit Vorsicht betrachtet werden. Die mangelnde Vergleichbarkeit historisch und sozial verschieden gewachsener Bildungssysteme findet in der Öffentlichkeit zu wenig Beachtung. Gerade bei den Erkenntnissen internationaler Untersuchungen muss bedacht werden, dass eine isolierte Betrachtung schulischer Ergebnisse ohne die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Gegebenheiten nur einen geringen Erkenntnisgewinn hat. Das großstädtische Milieu Hamburgs mit einer heterogenen Bevölkerungsstruktur und einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund ist nicht vergleichbar mit deutschen Flächenländern wie Bayern oder gar international mit Finnland. Zudem sind viele Untersuchungen nur begrenzt aussagefähig. PISA zum Beispiel misst die mathematische Kompetenz, die Lesekompetenz und die naturwissenschaftliche Kompetenz auf Grundlage einer bestimmten Kompetenzdefinition. Weitere Kompetenzfelder bleiben in weiten Teilen unberücksichtigt. Die Wirkungen von Reformen im Schulbereich brauchen zudem viele Jahre, bevor in der Breite Ergebnisse messbar sind.

Zu konstatieren sind - bestätigt durch alle Untersuchungen – jedoch folgende Herausforderungen für das Hamburger Schulsystem:

1. Die soziale Herkunft bestimmt nach wie vor zu sehr den schulischen Erfolg.
2. Die Schulleistungen von Kindern mit Migrationshintergrund sind gravierend unterdurchschnittlich.
3. Der Anteil der so genannten „Risikoschüler“ ist mit über 30% unakzeptabel hoch.
4. Die Ergebnisse der Grundschuluntersuchungen bis Klasse 4 (TIMSS/IGLU etc.) sind gut, während dann bei den 15-jährigen die Ergebnisse deutlich schlechter sind.
5. Die Lernentwicklungen in der 5. und 6. Jahrgangsstufe bleiben hinter den Erwartungen zurück, aber auch nach den vier Jahren gemeinsamer Grundschule besteht bereits ein Lernstandsunterschied von bis zu anderthalb Jahren.
6. Innerhalb der Schulformen sind die Leistungen sehr breit gestreut, Schulformen mit überwiegend homogenen Leistungsgruppen existieren in Hamburg nicht.

Die CDU hat bereits die Grundlagen für eine künftige Bildungsberichterstattung in Hamburg gelegt, der erste Bildungsbericht wird demnächst vorgelegt werden. Hamburg will die Möglichkeiten der Bildungsberichterstattung als Analyseinstrument zur Bewertung des Hamburger Schulsystems weiter nutzen, um konkretere Handlungsoptionen zu gewinnen.

Diese Bildungsberichterstattungen werden in Zukunft auch die Diskussionen über Schulstrukturreformen erheblich beeinflussen

### **1.3. Migration und Soziale Herkunft: Die besonderen Herausforderungen einer Metropole**

In kaum einem anderen Land entscheidet nachgewiesenermaßen die soziale Herkunft über den Bildungserfolg der Kinder so stark wie in Deutschland. Auch für Hamburg ist diese Tatsache nachgewiesen. Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind nach den neusten Erhebungen bei den Abiturienten und Studienanfängern immer noch erheblich unterrepräsentiert. Diese Situation verschärft sich zusätzlich, wenn die Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund aufweisen.

Nach Erhebungen des Bundesamtes für Statistik sind Menschen mit Migrationshintergrund geringer qualifiziert als Menschen ohne Migrationshintergrund. Fast zehn Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen Schulabschluss und 51 Prozent keinen beruflichen Abschluss gegenüber 1,5 Prozent beziehungsweise 27 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund. In Hamburg leben zurzeit ca. 450.000 Menschen mit Migrationshintergrund; das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 26 Prozent. Jedes zweite in Hamburg geborene Kind unter sechs Jahren besitzt einen Migrationshintergrund.

Als Metropole mit einer jahrzehntelang ungesteuerten Einwanderungspolitik steht Hamburg damit vor anderen Herausforderungen als deutsche Flächen-Bundesländer. Auch international ist Hamburg mit Ländern wie der Schweiz, die bei ihrer Einwanderungspolitik auf Sprachkompetenz, Bildungsstand und Ausbildung geachtet haben, nicht vergleichbar.

Nach den Ergebnissen der aktuellen PISA-Studie landen Hamburgs Schülerinnen und Schüler im bundesweiten Vergleich auf den letzten Plätzen. Rechnet man allerdings die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in allen Bundesländern heraus, so gehört Hamburg zum oberen Leistungsdrittel. Im Umkehrschluss wird deutlich, dass insbesondere die Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Vergleichsstudien unterdurchschnittlich sind. Andererseits ist die Gruppe der Schüler mit Spitzenleistungen nicht breit genug. Damit wird deutlich, dass das bisherige Bildungswesen den aktuellen Herausforderungen nicht ausreichend gewachsen ist.

Die Hamburger CDU wird sich in der Bildungspolitik auch zukünftig als moderne Großstadtpartei sehr unterschiedlichen Herausforderungen stellen: Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, Kinder aus sozial schwachen Familien aber auch von Wohlstandsverwahrlosung bedrohte Kinder, Kinder mit Behinderungen und besonders begabte Kinder, schulumüde Kinder und die große Gruppe der leistungswilligen und leistungsfähigen Kinder: Sie alle müssen in unseren Schulen nach ihren individuellen Möglichkeiten gefordert und gefördert werden, genauso wie Eltern, die ihre Kinder selbst aktiv fördern.

## **2. Die Bildungswende - Reformen der CDU im Bildungsbereich seit 2001**

In den vergangenen Jahren hat sich vieles an den Schulen in Hamburg verändert. Als Reaktion auf die schlechten PISA-Ergebnisse aus dem Jahr 2000 hat der CDU-geführte Senat

nach dem Regierungswechsel 2001 eine umfassende schulpolitische Wende eingeleitet. Ziel war dabei zum einen eine nachhaltige Qualitätsverbesserung der Hamburger Schulen und zum anderen die Schaffung guter und gerechter Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler durch eine möglichst frühzeitige Förderung.

Ein wichtiges Element der Qualitätsoffensive war die Einführung der Selbstverantworteten Schule. Seit 2006 können alle Schulen eigenständiger über Finanzen und Personal entscheiden. Durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Schulbehörde werden die angestrebten Ergebnisse einer Schule klar definiert und für Schüler, Eltern und Lehrer transparenter gemacht. Seit 2007 werden die Schulen zudem alle vier Jahre im Rahmen einer Schulinspektion von Experten aufgesucht, die anhand eines festgelegten Katalogs von Qualitätskriterien Stärken und Schwächen feststellen und Veränderungen in Evaluationsgesprächen anregen. Darüber hinaus hat die CDU neue Bildungspläne und zentrale Abschlussprüfungen eingeführt. Die Lehrer sind seit 2003 dazu verpflichtet, sich mindestens 30 Stunden im Jahr fortzubilden.

Um den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und dadurch allen Schülerinnen und Schülern bessere Chancen auf einen guten Schulabschluss zu ermöglichen, hat die CDU in Hamburg zunächst eine verpflichtende Vorstellung aller Viereinhalbjährigen eingeführt, um rechtzeitige Förderbedarfe zu erkennen. Wird in dieser Untersuchung ein erheblicher Sprachförderbedarf festgestellt, ist der Besuch einer Vorschule samt ergänzendem Sprachförderunterricht seit 2007 verpflichtend. Damit werden gerade die Kinder erreicht, die bislang aufgrund ihres Aufwachsens in bildungsfernen Familien keine vorschulischen Einrichtungen besucht haben. Für diese Kinder ist die Vorschule kostenlos.

Um den Schülern mehr Unterstützung beim Lernen zukommen zu lassen, hat die CDU im Rahmen des Programms „Lebenswerte Stadt“ in der letzten Legislaturperiode die Anzahl an Ganztagschulen auf über 80 Standorten mehr als verdoppelt und die Klassenfrequenzen in Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen erheblich gesenkt.

Aber nicht nur für die Kinder mit besonderem Förderbedarf, sondern auch für die besonders begabten Kinder hat die CDU erhebliche Verbesserungen erreichen können. So ist im Schuljahr 2006/2007 das Förderkonzept für hochbegabte und besonders begabte Schülerinnen und Schüler an Hamburgs staatlichen Schulen in Kraft getreten. Dazu gehören u. a. die Einführung von Lernentwicklungsblättern für alle Schüler sowie die Einführung eines Frühstudiums. Die Schulen können eigene Gestaltungskonzepte zur Förderung dieser Schüler entwickeln, zum Beispiel durch die Einrichtung eines „Begabtenzuges“.

Zur Wiederherstellung der grundlegenden Studierfähigkeit unserer Abiturienten hat die Bürgerschaft nach einjähriger Beratungszeit in den schulischen Gremien und der Bürgerschaft im Jahr 2006 die Reform der gymnasialen Oberstufe verabschiedet, mit der sowohl eine Stärkung der Basiskompetenzen mit zentraler Abschlussprüfung als auch eine themenorientierte Profilsetzung einhergeht. Dabei hat die CDU bewusst darauf geachtet, dass die Reform noch nicht für den ersten G 8-Jahrgang gilt, um den Schulen mehr Zeit für die Vorbereitung zu geben und die betroffenen Schülerinnen und Schüler nicht mit einer weiteren Reform zu belasten.

Die im Jahre 2005 verabschiedete Reform der beruflichen Bildung wird insbesondere durch die Mitverantwortung der Wirtschaft die Qualität der Berufsausbildung sichern und ausbauen.

Schließlich hat die Hamburger CDU die Einführung der neuen Zwei-Wege-Struktur (Stadtteilschule und Gymnasium) vorbereitet. Auch die Enquete-Kommission der Bürgerschaft hat diese Struktur nach anderthalbjähriger Beratung empfohlen. Für die CDU

sind diese und weitere Empfehlungen der Enquete-Kommission für die künftige bildungspolitische Arbeit unverzichtbar. Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wurde ebenfalls vereinbart, die Empfehlungen der Enquete-Kommission als Grundlage für das weitere schulpolitische Handeln zu betrachten.

### **3. Ausgangssituation der schwarz-grünen Koalition in Hamburg**

#### **3.1. Ziele der CDU und der GAL im Wahlkampf 2008**

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Enquete-Kommission stand für die CDU im Mittelpunkt des Wahlkampfes 2008 die Einführung des neuen schulpolitischen Zwei-Wege-Modells aus Stadtteilschule und Gymnasium ab Klasse 5. Es sollte in Zukunft möglich sein, dass jede Hamburger Schülerin und jeder Hamburger Schüler die Chance bekommt, unabhängig von der weiterführenden Schule und je nach Begabung alle Schulabschlüsse bis hin zum Abitur zu erlangen. Nur die CDU hat den Fortbestand der Gymnasien garantiert.

Der Wahlkampf der GAL basierte auf dem bereits länger vorgestellten Modell „9 macht klug“, d.h. der Einführung einer „Schule für alle“ von Klasse 1 bis 9.

#### **3.2. Der Koalitionsvertrag**

Zwischen der CDU und der GAL bestand von Anfang Konsens hinsichtlich des Ziels, dass für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gerechte Bildungschancen geschaffen werden müssen.

Neben dem längeren gemeinsamen Lernen bis einschließlich Jahrgangsstufe 6 sehen die Koalitionspartner in einem konsequent individualisierten Unterricht die beste Möglichkeit, um die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrem Leistungsvermögen zu fördern und zu fordern. Die CDU konnte in den Verhandlungen dabei wichtige bildungspolitische Punkte durchsetzen:

1. Kinder sollen – wie von der CDU bereits vorher eingeführt – sehr früh, d.h. schon vor der Grundschule, intensiv gefördert werden, da in dieser Phase soziokulturell bedingte Leistungsunterschiede am wirksamsten abgebaut werden können.
2. Es bleibt grundsätzlich beim Elternwahlrecht zwischen Kindertagesstätte und Vorschule.
3. Zur besseren Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Primarschulen werden Bildungshäuser eingerichtet.
4. Ab Klasse 7 gibt es mit Stadtteilschule und Gymnasium zwei Schulformen, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten und in einem unterschiedlichen Zeitrahmen zu allen Schulabschlüssen bis hin zum Abitur führen.
5. Durch die drei verschiedenen Organisationsformen der Primarschule sollen Stadtteilschulen und Gymnasien die Chance bekommen, in enger Kooperation ihre ausgeprägten Profile zu wahren oder sogar noch weiter zu entwickeln.

### **3.3. Umsetzung der Schulstrukturereform**

Die CDU verantwortet auch den schulpolitischen Teil des Koalitionsvertrages und wird in den nächsten Jahren als Ansprechpartner für Schüler, Eltern und Lehrer weiterhin darauf achten, dass die Reformen sorgfältig unter Einbindung der Betroffenen durchgeführt werden. Die umfangreiche Strukturreform führt zu Fragen und Sorgen – zumal der Zeitplan zur Umsetzung der Reformen ehrgeizig erscheint:

Vor diesem Hintergrund ist für die CDU festzustellen:

Wir werden im Interesse der Betroffenen den Reformprozess konstruktiv begleiten und unterstützen. Sie wird darauf achten, dass bis zum Frühjahr 2009 ein detaillierter Zeitplan für die Reform und deren Umsetzung vorliegt.

- Es ist dabei wichtig, angesichts des insgesamt sehr ehrgeizigen Zeitplans darauf zu achten, dass Schüler, Eltern, Lehrer, Schulleitungen, Bezirksversammlungen und weitere Beteiligte im Rahmen der regionalen Schulentwicklungskonferenzen echte Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten, dass die einzelnen Teile der Reform handwerklich sauber entwickelt und aufeinander abgestimmt werden, dass der laufende Schulbetrieb von den Umstrukturierungen nicht beeinträchtigt wird und dass allen Gremien ausreichend Beratungszeit eingeräumt wird.
- Es ist von großer Bedeutung, dass die Eltern weiterhin ein reales Wahlrecht zwischen verschiedenen Profilen haben. Es ist daher darauf zu achten, dass grundsätzlich die Einhaltung folgender Formulierung des Koalitionsvertrages an jedem Ort und zu jeder Zeit sichergestellt ist: „Übersteigt die Anmeldezahl für ein bestimmtes pädagogisches Profil die Aufnahmekapazität der jeweiligen Schule, wird dieser Schwerpunkt an einer weiteren Schule des regionalen Verbundes eingerichtet.“ Eltern werden nach der Schulwahl vor Klasse 0 oder 1 erst im Verlauf der Grundstufe (Klassen 0 – 3) erkennen können, welche Neigungen und Fähigkeiten ihr Kind hat und erst dann die schulischen Schwerpunkte für ihr Kind wählen können. Deshalb muss die Unterstufe (Kl. 4 – 6) sehr flexibel reagieren können, um aktuelle Wünsche aufzunehmen.
- Unterstützt wird die Forderung von Schülern und Eltern, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Wohnort und der Mobilität der Eltern grundsätzlich weiterhin zwischen allen bislang in Hamburg angebotenen ersten und zweiten Fremdsprachen wählen können. Dies ist gerade zur Verhinderung neuer sozial bedingter Ungerechtigkeiten von großer Bedeutung.
- Eingefordert wird, dass die Behörde für die jetzigen 3. Klassen ein besonderes Übergangsverfahren entwickelt, dass die Kinder ohne Beeinträchtigung zum Beispiel aufgrund fehlenden Fach- und Profilunterrichts auf die weiterführende Schule wechseln können. Entscheidend sind die Unterstützungsmöglichkeiten der weiterführenden Schulen, die zusätzliche Mittel in Klassenstufe 7 benötigen
- Es ist darauf zu achten, dass sich die Profile von weiterführenden Schulen so in den Angeboten der Primarschule wieder finden, dass es keine Beeinträchtigung für die Profile der weiterführenden Schulen gibt. Der CDU ist dabei bewusst, dass die über Jahre und Jahrzehnte entwickelten Profile der weiterführenden Schulen in Hamburg nicht nur ein Großteil von deren Identität und Schulleben ausmachen, sondern auch ein besonderer Reichtum des Hamburger Bildungswesens und damit ein Wettbewerbsvorteil sind.

- Wichtig ist, dass auf eine äußere Leistungsdifferenzierung nur dort verzichtet wird, wo eine nachweislich mindestens im gleichen Umfang erfolgreiche Binnendifferenzierung sichergestellt ist. Der Unterricht in der Primarstufe ist so zu differenzieren, dass alle Kinder in ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen, Interessen und Neigungen gestärkt und bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und gefordert werden.

## **4. Einzelne Aspekte der Umsetzung der Schulstrukturreform**

### **4.1. Stärkungen der vorschulischen und frühkindlichen Bildung**

Seit Jahren steigen die quantitativen und qualitativen Anforderungen an die vorschulische Bildung. Quantitativ, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesellschaftlich inzwischen einen hohen Stellenwert hat, aber auch weil der Bedarf an erzieherischer Unterstützung zugenommen hat. Qualitativ, weil erkannt wurde, dass Bildungsanstrengungen gerade in den ersten Lebensjahren besonders erfolgreich sind und dort auch sozial bedingte Unterschiede besonders gut ausgleichen können.

Die CDU vertritt weiterhin die Priorität der frühen Förderung für die vom häuslichen Milieu benachteiligten Kinder. Hier sind den Eltern offensiv Bildungsangebote zu machen, so dass Defizite bis zum Eintritt der Schulpflicht so weit wie möglich behoben werden. Deshalb müssen Krippen, Kitas, Hort-Einrichtungen und Vorschulen mit einem dafür gezielt ausgebildetem und besser bezahltem Personal ausgestattet werden.

Neben der von der CDU bereits umgesetzten quantitativen Ausweitung von Kitas und Vorschulklassen ist somit die Ausbildung und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher in diesen Einrichtungen eine zentrale Aufgabe der Zukunft. Kenntnisse aus der Entwicklungspsychologie sind ebenso notwendig wie umfangreiche erziehungspraktische Fertigkeiten. Es geht dabei nicht so sehr um ein vorgezogenes schulisches, d.h. systematisches Lernen, sondern vor allem um den Erhalt und die Befriedigung kindlicher Neugier und kindlichen Betätigungsdrangs. Kinder machen in diesen Einrichtungen erste soziale Erfahrungen in größeren Gruppen, lernen, sich einzuordnen und sich zu behaupten.

Nach unserer Überzeugung ist es grundsätzlich das alleinige Recht der Eltern, darüber zu entscheiden, ob sie ihre Kinder zu Hause oder in einer außerhäuslichen Einrichtung betreuen und erziehen lassen. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Betreuung zu Hause nicht ausreicht, um das Kind angemessen zu fördern. Daher hat die CDU die verpflichtenden Sprachförderkurse und den verpflichtenden, kostenlosen Vorschulunterricht für die Kinder eingeführt, bei denen im Rahmen der Viereinhalbjährigen-Untersuchung entsprechende Defizite festgestellt wurden.

#### *4.1.1. Schaffung von Bildungshäusern*

Für die CDU gilt es, die Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Primarschulen weiter auszubauen. Nur durch eine hochwertige, methodisch und didaktisch auf den neuesten Stand gesetzte Bildungsarbeit in den Jahren vor der Einschulung können Defizite in der kognitiven, sprachlichen und körperlichen Entwicklung eines Kindes ausgeglichen und so allen Kindern zu Schulbeginn die gleichen Startchancen ermöglicht werden.

Zielsetzung muss daher ein möglichst weicher und aufeinander aufbauender Übergang von der Kindertagesstätte zur Primarschule sein. Besonders gut erreichbar ist dies, wenn beide Institutionen räumlich, organisatorisch und konzeptionell verbunden werden. Dieses Modell der Bildungshäuser hatte die CDU bereits 2006 verabschiedet und den

Implementierungsprozess auch im Parlament eingeleitet. In einer solchen neu verfassten und an übergreifenden Bildungsplänen und Bildungsstandards ausgerichteten Elementareinrichtung mit Primarstufe würden Kinder ab drei Jahren eine durchgängig aufgebaute gezielte Bildung und Betreuung erhalten. Erzieher und Lehrer würden ihre Kompetenzfelder dabei erweitern; eine enge Abstimmung zwischen den Ausbildungspartnern wäre möglich. Diese Einrichtung sollte dabei nicht nur wissenschaftlich fundierten und empirisch nachgewiesenen Anforderungen gerecht werden, sondern im Stadtteil eine neue Rolle als Lerninstitution für die Kinder bekommen. Insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Förderbedarf wäre eine solche Einrichtung ein weiterer und wichtiger Schritt zur besseren Unterstützung ihrer kognitiven, sozialen und emotionalen Entwicklung.

#### **4.2. Die neue Primarschule**

Auch nach einer weiteren Intensivierung der vorschulischen Bildung und einer umfassenden Schulstrukturreform wird es eine unterschiedliche elterliche Unterstützung der Primarschularbeit geben. Ebenfalls wird es in den verschiedenen Regionen unterschiedliche Lernbedingungen geben.

Das jetzt beschlossene längere gemeinsame Lernen in einer Primarschule kann daher dann zu besseren Ergebnissen führen, wenn die inhaltliche Struktur des Lernens, die Methoden und die äußeren Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden und keine neuen Benachteiligungen entstehen. Dazu muss es unter anderem neben einer weiteren Förderung des Elternengagements einen beschleunigten Ausbau von Ganztagschulen geben.

Darüber hinaus fordern wir die stärkere Individualisierung des Lernens vor allem für den die ersten „Lese-Prozesse“ und für das Erlernen des Schreibens. Der Zugang zur Schriftsprache und ihr Erlernen ist für alle weiteren Lernprozesse wichtig: Jedes Kind muss so schnell wie möglich lesen und schreiben können.

Trotz aller Bemühungen wird es spätestens in Klasse 4 Kinder geben, die in der bisherigen Klassengemeinschaft nicht ausreichend gefordert werden. Sie brauchen eine verstärkte Fachlichkeit des Unterrichts und neue Herausforderungen durch vergleichsweise lernstarke Mitschüler. Deshalb ist die CDU davon überzeugt, dass es in Klasse 5 und 6 der Primarschule verstärkt Angebote geben muss, die diesen Tatsachen gerecht werden.

Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ ist bei der räumlichen Angebotsbetrachtung aufrechtzuerhalten, insbesondere für Primarschulen in den ländlichen Gebieten Hamburgs.

#### **4.3. Der Übergang von der Primarschule auf die weiterführenden Schulen - Sicherung der Profile der weiterführenden Schulen**

Wenn die Primarschule in gleicher Weise auf ein dann sechsjähriges Gymnasium wie auf die Stadtteilschule mit unterschiedlichen Abschlüssen vorbereiten soll, müssen die jeweiligen Anforderungsprofile präzise beschrieben werden.

Voraussetzung ist, dass in den Klassen 1-3 sichere Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen eingeübt werden. In den Klassen 4-6 müssen sowohl die 1. und die 2. Fremdsprache (nach Wahl) mündlich und schriftlich angemessen vermittelt werden.

Eine Akzeptanz der Primarschule für alle wird dann zu erzielen sein, wenn die Schule in allen Fächern sowohl den bisherigen Ansprüchen der Klassen 5 und 6 der Gymnasien wie auch den Zielen und Inhalten der neuen Stadtteilschule gerecht wird. Bildungspläne und Arbeitsformen sind eng aufeinander abzustimmen. Dabei müssen die jeweiligen Leistungsanforderungen transparent sein und den Eltern mitgeteilt werden.

Die Hamburger CDU setzt sich dafür ein, dass die Eltern langfristig und verbindlich in den Beratungsprozess bezüglich auch des Übergangs in eine weiterführende Schule einbezogen werden. Die Wahl der Profile in den Klassenstufen 5 und 6 der Primarschule hat insoweit einen hohen Stellenwert. Der Beratungsprozess sollte dementsprechend bereits vor Klasse 5 beginnen und Fachlehrer ebenso wie Klassenlehrer beteiligen.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL wurde festgelegt, dass der Übergang in die Jahrgangsstufe 7 auf der Grundlage eines diagnosegestützten, potenzialorientierten Verfahrens erfolgt, das wissenschaftlichen Ansprüchen und einer rechtlichen Überprüfung genügt und intensiv mit den Eltern besprochen wird. Auf das Gymnasium kann übergehen, wer nach Beschluss der Zeugniskonferenz die leistungsbezogenen Voraussetzungen erfüllt. Diese Festlegung ist wichtig, um den Leistungsanspruch des Gymnasiums sicherzustellen. Wir brauchen kein Gymnasium, das auf Leistung verzichtet, sondern ein Gymnasium, das seine Schülerinnen und Schüler in den verbleibenden sechs Jahren zum Abitur mit seinen definierten, anspruchsvollen Standards führt.

In Hamburg haben sich viele Schulen ein erfolgreiches und charakteristisches Profil erarbeitet. Es gibt Schulen mit besonderen humanistischen, naturwissenschaftlichen, musischen, künstlerischen, sprachlichen, sportlichen, berufsorientierenden und begabungsentfaltenden Profilen (Schmetterlingsschulen). Auch mit der Einführung der Primarschule will man ermöglichen, dass die erfolgreichen Profile der bisherigen Beobachtungsstufen und der bisherigen Grundschulen fortgesetzt werden. Alle bestehenden Schulen müssen sich gedeihlich entwickeln können. Zudem ist es wirtschaftlich sinnvoll, die Primarschulen so zu organisieren, dass die vorhandenen Kapazitäten an Fach- und Klassenräumen optimal ausgenutzt werden.

Der Koalitionsvertrag bietet - zusätzlich zu der Organisationsform der siebenjährigen Primarschule mit den Jahrgangsstufen 0 – 6 an einem Standort - hierzu zwei weitere Organisationsformen:

- Die Einrichtung von dreijährigen Unterstufen (Klassen 4, 5 und 6) an den Standorten kooperierender Stadtteilschulen und Gymnasien.
- Der Erhalt bzw. die Schaffung von "Langformschulen", die die siebenjährige Primarschule (einschließlich Vorschulklasse) und die Stadtteilschule oder das jeweilige Gymnasium mit den Jahrgangsstufen 0 (Vorschule) bis 13 bzw. 12 umfassen.

Die CDU wird sicherstellen, dass in den regionalen Schulentwicklungskonferenzen von den Betroffenen unter den drei vorgeschlagenen verschiedenen Formen der Primarschule ausgewählt werden kann und dass das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Elternwahlrecht zwischen diesen drei Formen grundsätzlich gewahrt bleibt.

#### **4.3.1. Stärkung der Gymnasien**

Die CDU fordert im Rahmen der vereinbarten Reform den grundsätzlichen Erhalt sämtlicher Gymnasialstandorte. Dabei erfordert die gymnasiale Ausbildung die gemeinsame Unterrichtung der Sekundarstufen I und II. Oberstufenzentren lehnt die CDU ab. Darüber hinaus ist die inhaltliche Qualität der Gymnasien, insbesondere die Anpassung der

Lerninhalte und der pädagogischen Konzepte an die verkürzte Schulzeit, weiter zu entwickeln. Die hierfür erforderlichen personellen und finanziellen Mittel sind zur Verfügung zu stellen. Die CDU legt hierbei besonderen Wert auf den Erhalt der Bildungsp pluralität auch im Bereich der Gymnasien.

Darüber hinaus ist es der CDU ein besonderes Anliegen, die Gymnasien mit besonderem Profil in ihrer Besonderheit und ihrer Tradition zu bewahren. Dies gilt insbesondere auch für die humanistischen Gymnasien, denen die Möglichkeit erhalten bleiben muss, ihre besonderes Bildungs-, Kultur- und Sprachprofil zu pflegen und zu erhalten: dazu reicht eine zukünftig sechsjährige Gymnasialzeit allein nicht aus. Das besondere Bildungsangebot dieser Gymnasien muss auch nach der Reform erhalten bleiben.

#### **4.3.2. Ausgestaltung der Stadtteilschule**

Mit der Ausgestaltung eines zweigliedrigen Schulsystems wird Hamburg bundesweit eine Vorreiterrolle übernehmen. In den Stadtteilschulen können alle Bildungsabschlüsse einschließlich des Abiturs erreicht werden. Damit haben alle Hamburger Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, bei entsprechenden Leistungen an ihrer Schule nach Absolvierung einer eigenen gymnasialen Oberstufe in 13 Jahren zum Abitur zu gelangen. Der erste allgemeinbildende Schulabschluss wird am Ende des neunten Schuljahres und die Fachhochschulreife am Ende des zwölften Schuljahres erreicht.

Die Stadtteilschule muss sich angesichts der erwarteten größeren Bandbreite der Lernleistungen ganz besonders um die Förderung eines jeden Kindes kümmern. Innere Differenzierung und individuelle Förderung sind die maßgeblichen Mittel der Arbeit der Stadtteilschule. Dafür sind die entsprechenden Ressourcen bereit zu stellen; dies betrifft insbesondere die Fragen der Klassenfrequenz, den Aufbau von Stütz- und Förderangeboten und von außerschulischen Lernorten. Wichtig ist ein weiter verbesserter Übergang „Schule / Arbeitswelt“.

Das unterrichtende Lehrerteamkollegium setzt sich zusammen aus Grund-, Haupt-, Real-/Gymnasial- und Berufsschullehrerinnen und -lehrern, um die Qualität der Bildungsarbeit im Hinblick auf die Profile und die angestrebten Abschlüsse sicherzustellen. Ebenso werden Sonderpädagogen, Sozialarbeiter und Psychologen tätig sein.

Die Stadtteilschulen können eigene Formen der Differenzierung entwickeln, um so der individuellen Förderung der Kinder wirksamer zu entsprechen.

#### **4.3.3. Verstärkte Profilvorbereitung der Primarschulen zur Stärkung oder Beibehaltung der Profile der weiterführenden Sekundarschulen**

Im Zuge der geplanten Einführung der Primarschule wurde insbesondere die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Profile der weiterführenden Schulen diskutiert.

Die bisherigen Klassenstufen 5 und 6 zur Profilbildung entfallen in Zukunft. Damit gehen den weiterführenden Schulen mit besonderen Profilen die wichtigen Einstiegsphasen verloren, ohne die ihr bildungspolitisches Leitprofil nicht oder nur sehr schwer gehalten werden kann. Zu einem humanistischen-gymnasialen Profil beispielsweise gehört der Lateinunterricht ab Klasse 5 und eine humanistische Gesamtorientierung des Unterrichts generell.

Aus Sicht der CDU sind bei der Frage der Sicherung der Profile von weiterführenden Schulen folgende Mindestziele zu erreichen:

1. Es muss jedem Kind auch in Zukunft möglich sein, auch nach Klasse 6 an jede weiterführende Schule (bei Gymnasien mit entsprechender Berechtigung) in Hamburg zu wechseln.
2. In Klasse 4 bereits werden die Profile der Klassenstufe 5 und 6 der Primarschule auf Basis der Profile der weiterführenden Schulen in „Orientierungsphasen“ für Schüler, Eltern und Lehrer angeboten (Schnupperkurse, Projektstage etc.). Am Ende von Klasse 4 findet ein intensives Beratungsgespräch mit den Fachlehrern und Eltern zur Frage statt, welches Profil in Klassenstufe 5 und 6 verstärkt gewählt werden sollte.
3. Weiterführende Schulen müssen ihr Profil durch entsprechende Angebote auf entsprechendem Niveau bereits in den Klassen 5 und 6 vertreten sehen.
4. Die Eltern müssen bei der Wahl der Primarschule unabhängig vom Wohnort das Recht erhalten, eine Primarschule mit einem bestimmten Profil zu wählen.

Die weiterführenden Schulen und ihre Profile müssen sich dabei in der Klassenstufe 5 und 6 in den jeweiligen Primarschulen einer Region wieder finden. Die Studentafeln der Klassenstufen 5 und 6 sollten diese Profile enthalten. Eltern erhalten spätestens nach Klassenstufe 4 die Möglichkeit, sich frei für eines der angebotenen Profile der Primarschule zu entscheiden. Diese Entscheidung darf gemäß Koalitionsvertrag nicht durch organisatorische oder finanzielle Auflagen eingeschränkt werden.

Die Unterstufe und Grundstufe der Primarschule erhalten eine eigene pädagogische und organisatorische Leitung.

#### **4.4. Lehrerfortbildung**

Da die Inhalte der bisherigen Lehrerausbildung nicht mit den Anforderungen aus der Schulstrukturreform übereinstimmen, ist davon auszugehen, dass für einen flächendeckenden Erfolg des individualisierten Unterrichts eine massive Fortbildungsoffensive erforderlich ist.

Die von der CDU 2003/2004 eingeführte verpflichtende Fortbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen von 30 bis 45 Stunden ist – im Rahmen der notwendigen Strukturreform - dabei eine gute, aber noch nicht ausreichende Ausgangslage für die erforderlichen Fortbildungsmaßnahmen. Die Schulleitungen sind verpflichtet, dass die Wahrnehmung der angemeldeten Fortbildungsmodule erfolgt.

Die CDU wird sich parallel dazu dafür einsetzen, dass sich die Fortbildung insgesamt stärker an den Erfordernissen der Einzelschule, aber auch an dem Reformprozess des Hamburger Schulwesens und den Ergebnissen der verschiedenen Schulleistungsuntersuchungen orientiert.

Die CDU wird zudem darauf achten, dass die in Hamburg angebotene Berufseingangsphase auch im Hinblick auf die Reformprozesse und die vorliegenden Untersuchungen optimal genutzt wird.

Dabei müssen neue inhaltliche Anforderungen mit differenzierten und abgesicherten Methoden verbunden werden. Selbständiges Lernen, gemeinsames Erarbeiten, Trainingsprogramme, der Lehrervortrag zum Beispiel haben ihren eigenen Stellenwert.

Jeweilige Präferenzen richten sich nach Unterrichtsinhalten und der unterschiedlichen Zusammensetzung der Lerngruppen. Entscheidend ist, dass Schüler für ihr Lernen Eigenverantwortung übernehmen, sich einschätzen lernen und Wissen anwenden können.

#### **4.5. Zur Frage der Differenzierung**

Wenn Schule dem Anspruch individuellen Lernens gerecht werden soll, muss sie die unterschiedlichen Neigungen, Begabungen aufgreifen und danach die unterschiedlichen Lern tempi differenziert bestimmen. Eine innere Differenzierung ist dabei – wenn nur eine Lehrkraft pro Klasse zur Verfügung steht – oftmals kaum möglich.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Schulen ausreichend Mittel erhalten, um spätestens ab Klasse 5 unter Umständen auch eine äußere Differenzierung in den Kernfächern vornehmen zu können. Im Sinne der Selbstverantwortlichen Schule soll jede Primarschule und Stadtteilschule dabei grundsätzlich selber entscheiden können, ob sie diese Mittel für die äußere Differenzierung oder für eine Stärkung der Binnendifferenzierung (zum Beispiel Doppelbesetzungen) zur Verfügung stellen will.

Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen ist je nach ihren individuellen Voraussetzungen eine Förderung durch äußere Differenzierung („gefördertes Springen“) oder im Rahmen der Binnendifferenzierung (Bereitstellung von Zusatzangeboten) zu gewährleisten

#### **4.6. Zukunft sonderpädagogischer Förderung im Rahmen der Schulstruktureform**

Mit der Einrichtung der Primarschule - einem Ort längeren gemeinsamen Lernens - wie auch der Stadtteilschule, die flächendeckend für alle Jugendlichen ein weiterführendes Bildungsangebot bereitstellt, ist eine noch größere Heterogenität der Schülerschaft in diesen Schulen verbunden. Damit wird die Individualisierung zu einer wichtigen Bedingung für den Erfolg von Unterricht. Gleichzeitig wird damit eine unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche integrative Förderung von Schülerinnen und Schülern in der allgemeinbildenden Schule geschaffen. Mit einem individualisierten Unterrichtsangebot für alle Schülerinnen und Schüler wird die Einbindung sonderpädagogischer Fördermaßnahmen für diejenigen, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, erst möglich gemacht.

Auf dieser Grundlage wird die sonderpädagogische Förderung zu einem flächendeckenden, vornehmlich integrativen Angebot in den allgemeinen Schulen entwickelt. In den Sonderschulen, die über Jahrzehnte allein die Aufgabe sonderpädagogischer Förderung praktizierten, hat sich eine institutionell gebundene, spezifisch fachliche Expertise entwickelt, die bei der Umwandlung sonderpädagogischer Förderung zu einem integrativen System keinesfalls verloren gehen darf. Es ist daher notwendig, die Weiterentwicklung nicht in prinzipieller, ideologisch begründeter Gegnerschaft zur klassischen Sonderschule zu betreiben. Vielmehr geht es darum – ähnlich wie in anderen Bundesländern -, das Know-how auch der klassischen Sonderschulen bei den Reformen zu nutzen. Das gilt auch, wenn ein sonderpädagogisches Unterstützungssystem institutionalisiert werden soll, das die Arbeit in den allgemeinbildenden Schulen verbessert.

Um dem Anspruch behinderter oder von Behinderung bedrohter Schülerinnen und Schüler auf besondere Unterstützung bei ihrem erschwerten Bildungsweg gerecht zu werden, muss die Zuweisung sonderpädagogischer Förderung an eine diagnostisch begründete Feststellung

von sonderpädagogischem Förderbedarf geknüpft sein. Auch sollten besondere Ressourcen für die Förderung im Rahmen von Kleingruppen zur Verfügung stehen.

Die CDU hat als Regierungspartei mit der Pilotierung von „Integrativen Förderzentren“ für die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte „Lernen“ und „Sprache“ einen erfolgreichen Umwandlungsprozess von Sonderschule zu einem integrativ arbeitenden sonderpädagogischen Systems initiiert. Ein „Aufwachsen“ eines solchen oder grundsätzlich ähnlich strukturierten Systems bis zur 10. Klassenstufe wäre organisatorisch und finanziell realisierbar und würde - flächendeckend ausgebaut - dazu führen, dass Förder- und Sprachheilschulen – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – zunehmend in das allgemeinbildende Schulsystem integriert werden.

Die CDU setzt sich intensiv dafür ein, dass für behinderte Kinder und Jugendliche und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche mit einem diagnostizierten Förderbedarf weiterhin eine sonderpädagogische Förderung stattfindet, die weitgehend in der Vorschule, der Primarschule, der Stadtteilschule und dem Gymnasium durchgeführt wird.

## **5. Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik der CDU**

Die CDU hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie sich den Herausforderungen in Hamburgs Schulen unideologisch und praxisnah stellt. Die große Zustimmung, die das Modell einer Stadtteilschule in anderen Bundesländern und in der wissenschaftlichen Pädagogik gefunden hat, beweist dies. Die fehlende Zustimmung zum Volksentscheid „Eine Schule für alle“ zeigt darüber hinaus, dass ideologische Lösungen mehrheitlich keine Akzeptanz finden.

Die intensiven Diskussionen der letzten Wochen und Monate zeigen jedoch auch, dass es anders als bei der Diskussion um das Zwei-Säulen-Modell bislang noch nicht gelungen ist, die Vorteile der Primarschule weiten Teilen der Bevölkerung zu vermitteln. Dies liegt auch daran, dass zentrale Fragen bislang noch nicht beantwortet wurden; der Diskussionsprozess steht punktuell noch eher am Anfang.

Ziel der Schulstrukturreform ist die deutliche Anhebung des Bildungsniveaus. Die Motivierung der Schülerschaft zur Entwicklung eines vorbildlichen Leistungsbewusstseins ist zu stärken. Nur so wird es möglich sein, die individuellen Bildungschancen für die Zukunft optimal zu nutzen. Die Eltern der gesamten Schülerschaft, insbesondere auch die Migranteltern, sind durch eine verbesserte Kommunikation enger in den Bildungsgang ihrer Kinder einzubeziehen.

Alle Schulen sind durch eine Reihe von tiefgreifenden Reformen beansprucht. Diese Reformen waren und sind aufgrund der neuen gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen notwendig. Die Ergebnisse der Bildungsforschung und Bildungsberichte über das Hamburger Schulsystem bestätigen diese Notwendigkeit. Den Betroffenen muss jedoch die Zeit und die Möglichkeit gegeben werden, die Reformen auch wirklich umzusetzen - und Verbesserungen zu erleben. Zudem ist es bei jedem Veränderungsprozess notwendig, die Betroffenen mit ihren berechtigten Sorgen und Bedenken „mitzunehmen“. Jeder Reformprozess muss – sachorientiert – von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen werden.

Alle weiteren schulpolitischen Entscheidungen müssen vorher sorgfältig diskutiert und geprüft werden. Die CDU wird sich an den notwendigen Informations-, Diskussions- und Entscheidungsprozessen intensiv beteiligen. Das Ziel der Christdemokraten ist es, eine

möglichst einvernehmliche Realisierung der Schulstrukturreform zu erreichen. Es gilt, Fehlentwicklungen zu verhindern.

Hamburg, im Dezember 2008

Für den Landesfachausschuss Bildung der CDU Hamburg

Marcus Weinberg, Gisela Becker, Dr. Reinhard Behrens, Dr. Wolfgang Böge, Renate Buhs, Alexandra Dinges-Dierig, Manfred Effenberger, Hans-Joachim Feigl, Marino Freistedt, Robert Heinemann, Robert Hille, Barbara Jacobsen, Dr. Horst Klemeyer, Michael Kohls, Heinz Lehmann, Reinhard Meyer, Gerd Neumann, Bernd Ohde, Hella Pommeranz, Karin Prien, Michael Schaefer, Dr. Manfred Schwarz, Hanna Skerhut, Hans-Betram Steinke, Helga Stöver, Carlo van Tienhoven, Hans-Joachim Wagner, Jörg Wasik, Jörn Weiske, Birgit Zeidler